Sammelpetition 07/02941/8

Demokratie jetzt verteidigen! Sofort-Maßnahmen für Sachsen

Beschlussempfehlung: Zu 1. und 2.: Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Zu 3.: Die Petition wird für erledigt erklärt.

Gegenstand der Petition:

Gegenstand der Petition sind drei gesetzliche Maßnahmen, die der Stärkung der Demokratie dienen sollen:

1. Einführung einer (integrierten) Stichwahl bei Bürgermeister- und Landratswahlen,
2. Senkung des Quorums bei Einwohneranträgen und Anträgen auf Anberaumung von Einwohnerversammlungen auf 1 Prozent beziehungsweise maximal 300 Unterschriften,
3. Einführung öffentlicher Petitionen beim Sächsischen Landtag.

Darstellung des Sachverhaltes:

Der Petent ist Vorstandsmitglied und Sprecher des Landesvorstands des Vereins Mehr Demokratie e. V. Sachsen. Am 25. März 2024 informierte der Verein per Pressemitteilung über den Start einer Petition auf der Plattform WeAct und forderte den Sächsischen Landtag zu „Demokratie jetzt verteidigen! Sofort-Maßnahmen für Sachsen“ auf. Mit den drei Sofortmaßnahmen könne der Landtag einen Beitrag zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Demokratie leisten. Am 2. Mai 2024 wurde die Sammelpetition mit 9.292 Unterzeichnern beim Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags eingereicht.

Zu 1:

Die integrierte Stichwahl ist ein wahltheoretisches Modell, welches durch den Verein Mehr Demokratie e. V. seit einigen Jahren beworben, aber bisher bei keiner Direktwahl in der Bundesrepublik Deutschland angewendet wird. Es handelt sich hierbei um eine absolute Mehrheitswahl mit Rangfolgenstimmgebung in einem Wahlgang. Dabei kennzeichnet der Wähler auf dem Stimmzettel die Kandidaten in seiner persönlichen Reihenfolge: erster Platz, zweiter Platz und so weiter. Bei der ersten Auszählung wird lediglich der Erstplatzierte berücksichtigt. Erhält kein Kandidat die absolute Mehrheit, wird für die nachfolgend Platzierten eine Reihenfolge ermittelt. Der Kandidat mit den wenigsten Stimmen wird gestrichen. Die entsprechenden Stimmen werden den verbleibenden Kandidaten zugesprochen, die von diesen Wählern als nachfolgende Präferenz benannt wurden. Das Verfahren wird solange wiederholt, bis ein Kandidat die absolute Mehrheit erhält.

In Sachsen ist zum Bürgermeister oder Landrat gewählt, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat (§§ 44a, 56 Kommunalwahlgesetz [KomWG]). Entfällt im ersten Wahlgang auf keine Bewerberin oder keinen Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet ein zweiter Wahlgang statt. In diesem ist gewählt, wer die höchste Stimmenzahl auf sich vereint; bei Stimmgleichheit entscheidet das

Los. Für den zweiten Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber des ersten Wahlgangs zugelassen. Bis zum fünften Tag nach dem ersten Wahlgang ist die Zurücknahme einer Bewerbung möglich. Anders als Sachsen führen alle anderen Flächenländer der Bundesrepublik Deutschland den zweiten Wahlgang bei der Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten als Stichwahl durch, zu der nur die beiden Personen zugelassen sind, die beim ersten Wahlgang die höchsten Stimmenzahlen erhalten haben. Zuletzt hat Baden-Württemberg mit Gesetz vom 4. April 2023 die Stichwahl für den zweiten Wahlgang eingeführt.

Die Regelung, dass bei der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte im gegebenenfalls durchzuführenden zweiten Wahlgang alle Bewerberinnen und Bewerber aus dem ersten Wahlgang erneut antreten können, gilt in Sachsen seit Einführung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) am 21. April 1993 (SächsGVBl. S. 301, 445). Eine Änderung erfolgte durch Artikel 4 des Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalwahlrechts vom 28. November 2013 (Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 822) dahingehend, dass zum zweiten Wahlgang keine neuen Wahlvorschläge mehr eingereicht werden können (§ 44a Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 KomWG).

Zu 2:

Gemäß § 22 Absatz 1 Satz 1 SächsGemO sollen allgemein bedeutsame Gemeindeangelegenheiten mit den Einwohnern in Einwohnerversammlungen erörtert werden. Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat mindestens zweimal im Jahr eine Einwohnerversammlung anberaumen, § 22 Absatz 1 Satz 2 SächsGemO. Unabhängig hiervon ist eine Einwohnerversammlung anzuberäumen, wenn dies von mindestens fünf Prozent der Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, beantragt wird, § 22 Absatz 2 SächsGemO. Dieses Antragsrecht gilt auch für Kreisangelegenheiten auf der Kreisebene, § 20 Absatz 1 Sächsische Landkreisordnung (SächsLKrO).

Durch Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe a des Dritten Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalrechts vom 9. Februar 2022 (Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 134) wurde festgelegt, dass Einwohnerversammlungen mindestens zweimal statt bisher einmal im Jahr stattfinden sollen. Gleichzeitig wurde durch Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa bzw. Artikel 2 Nr. 4 das Quorum von bisher zehn Prozent auf fünf Prozent gesenkt.

Nach § 23 SächsGemO muss der Gemeinderat Gemeindeangelegenheiten, für die er zuständig ist, innerhalb von drei Monaten behandeln, wenn dies von den Einwohnern beantragt wird (Einwohnerantrag). Gleiches gilt nach § 20 SächsLKrO auf der Ebene der Landkreise für den Kreistag bezüglich Kreisangelegenheiten. Die Anträge müssen jeweils von mindestens fünf Prozent der Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, unterzeichnet sein. Vor der Gesetzesänderung durch Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe b, Doppelbuchstabe aa bzw. Artikel 2 Nr. 4 des Dritten Gesetzes zur Fortentwicklung des Kommunalrechts vom 9. Februar 2022 (Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 134) betrug dieses Quorum zehn Prozent. Zudem wurde durch die Gesetzesänderung auch auf der Landkreisebene das Lebensalter der antragsberechtigten Einwohner von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Zu 3:

Die Ausgestaltung des Petitionsrechts gemäß Artikel 35 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist im Sächsischen Petitionsausschussgesetz (SächsPetAG) geregelt. So sind etwa gemäß § 1 Absatz 2 SächsPetAG Petitionen schriftlich einzureichen. Alles Weitere regelt der Landtag in seiner Geschäftsordnung und der Petitionsausschuss am Anfang der Legislaturperiode im Rahmen seiner eigenen Grundsätze.

Beurteilung:

Zu 1.

Der Landesgesetzgeber verfügt bei der Ausgestaltung der Direktwahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und Landräte über einen weiten Gestaltungsspielraum. Einzuhalten sind ausschließlich die aus dem Demokratieprinzip folgenden Wahlrechtsgrundsätze. Dies ist bei der in Sachsen geltenden Regelung unzweifelhaft der Fall. Diese Regelung hat sich nach Auffassung der Staatsregierung zudem bewährt. Für sie spricht, dass auch im zweiten Wahlgang die Entscheidungsmöglichkeit der Wählerinnen und Wähler nicht eingeschränkt wird. Das kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn sich die Stimmenzahlen der drei oder gar vier Bestplatzierten des ersten Wahlgangs nur geringfügig unterscheiden. Gegenüber der integrierten Stichwahl ist bei der in Sachsen geltenden Regelung die Ergebnisermittlung für die Wählerin und den Wähler besser nachvollziehbar. In den politischen Auseinandersetzungen in Sachsen wurde in den letzten Jahren und wird aktuell auch immer wieder über die Änderung des Sächsischen Kommunalwahlgesetzes (KomWG) zur Einführung einer Stichwahl im 2. Wahlgang diskutiert. Eine Mehrheit dafür ist aber nicht entstanden.

Zu 2.

Die in der Petition vorgeschlagene Reduzierung auf ein Prozent bzw. maximal 300 Unterschriften entspricht einem Gesetzesvorschlag des Vereins Mehr Demokratie e. V. Sachsen vom 24. November 2023. Darin wird zusätzlich eine Unterschriftsberechtigung für Jugendliche bereits ab dem 14. Lebensjahr gefordert.

Aus Sicht des Sächsischen Landtags ist das nunmehr für Einwohneranträge und Einwohnerversammlungen geltende Quorum von fünf Prozent angemessen. Es bildet einerseits kein unangemessenes Hindernis und stellt andererseits die Ernsthaftigkeit des Begehrens und dessen Rückhalt in der Bevölkerung sicher. Sehr niedrige Quoren bergen die Gefahr, dass Kleinstgruppen und Partikularinteressen mit wenig Unterstützung in der Bevölkerung zu einer Lähmung der Verwaltung und einer Verzögerung von Abstimmungsprozessen durch die gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger führen.

Zu 3.

Seit der neuen Legislaturperiode werden öffentliche Petitionen ermöglicht. Öffentliche Petitionen sind Petitionen, die elektronisch eingereicht wurden und inhaltlich ein Anliegen von allgemeinem Interesse zum Gegenstand haben. Öffentliche Petitionen können unter Verwendung des hierfür vorgesehenen elektronischen Formulars über die Internetseite des Petitionsausschusses eingereicht werden. Öffentliche Petitionen werden als eine besondere Art der Sammelpetition geführt. Ihre Behandlung ist in einer Richtlinie geregelt.

Der Petition kann in den Punkten 1 und 2 aus Sicht des Sächsischen Landtags nicht abgeholfen werden. Die Petition wird in Punkt 3 für erledigt erklärt.